Stadtverordneten-Sitzung.

* Halle, 17. Februar.

Vorsitzender: Geh. Kommerzienrat Steckner.

Eine Petition der Droschkenbesitzer und „Kutscher um eine Revision der Bestimmungen der Polizeiverordnung über das Droschkenwesen wird dem Petitions-Ausschusse überwiesen.

Eingegangen ist ein Initiativ-Antrag der St.-V. Emmer und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, in Anbetracht der herrschenden Arbeitslosigkeit 50 000 M. für Notstandsarbeiten zu verwenden. Die Sache wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Herr Stadtrat a. D. Arndt hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, den Ausbau der Alpziger-, Gelenius- und Wegscheiderstraße als Notstandsarbeit ausführen zu lassen. Die Kosten sollen von den Anliegern sofort gezahlt werden. Die Eingabe wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Stadtbaurat Lammers teilt mit, daß der Magistrat bereits die Ausführung von Straßen- und Kanalbauten in die Wege geleitet hat.

1. Zur Instandsetzung der Gebäulichkeiten der Siechenhausstiftung werden 300 M. nachbewilligt. (Berichterstatter: St.-V. Aßmann.)

2. Für Reparaturen an Gebäuden, Unterhaltung der Einfriedigungen und Wege des Paul Riebecksitts werden 2000 M. nachbewilligt. (Berichterstatter: St.-V. Diepel.)

3. Für eine Anzahl Positionen des Etats des Schlacht- und Viehhofs werden 11 900 M. aus den zu erwartenden Ueberschüssen bezw. Mehreinnahmen nachbewilligt. (Berichterstatter: St.-V. Knabe.)

4. Die Handelsgesellschaft Heinrich Frank Söhne hat sich gegenüber der Abtretung des Straßenlandes von ihrem Grundstück Am Kirchtor 3a zur projektierten Ulerstraße erboten, das von diesem Grundstück flächenmäßig zur projektierten Straße zwischen der Ulerstraße und der Straße Am Kirchtor einzulegende Land ebenfalls unentgeltlich an die Stadt aufzulassen, wenn ihr der Wert des Landes auf die künftigkin zu zahlenden Straßenverkaufsgebühren angerechnet wird. Um einen bezüglichen Vertrag mit genannter Firma eingehen zu können, wird beschlossen, daß der Ausbau der gedachten Straße nicht durch einen Unternehmer, sondern lediglich in städtischer Regie erfolgen soll.

5. Zur Befestigung des Bürgersteiges vor dem städtischen Grundstück Friedenstraße 1 werden 1400 M. bewilligt. (Berichterstatter: St.-V. Wolff.)

6. Versammlung genehmigt einen Landaustausch zwischen dem Eisenbahnfiskus, dem Hospital St. Cyriaci et Antonii und Stadtgemeinde. (Berichterstatter: St.-V. Emmer.)

7. Ein Nachtragsabkommen über die Herstellung eines Tunnels zwischen dem Postneubau an der Thielenstraße und dem Staatsbahnhof wird genehmigt. (Berichterstatter: St.-V. Wolff.)

8. Folgende Kapitel des Stadt-Haushaltsplans für 1908 werden festgesetzt: XII (Feuerlöschwesen), X (Stadttheater und Museum). (Berichterstatter: St.-V. Aßmann, von Blume und Giese.)

Aus den Erörterungen ist anzuführen: Der Magistrat beantragt, die Gebühren für die Benutzung des Krankentransportwagens für Private auf 5 Mk. (bisher 3 Mk.), für Krankenkassen auf 3 Mk. (bisher 1,50 Mk.) zu erhöhen.

Die Krankenkassen petitionieren um Beibehaltung der bisherigen Sätze, während St.-V. Aßmann im Antrage des Etats-Ausschusses die Annahme des Magistratsantrags empfiehlt, weil jeder Krankentransport der Stadt 10 Mk. koste.

St.-V. Kühne bezeichnet es als ganz unangebracht, daß den Mitgliedern der Krankenkassen ein so wesentlicher Vorzug eingeräumt werden soll. Tatsächlich zahlten doch diese Mitglieder aus der eigenen Tasche überhaupt nichts, während z. B. Kleinmeister, oder andere Gewerbetreibende, deren Einkommensverhältnisse vielleicht wesentlich schlechter als die der Krankenkassen-Mitglieder sind, einen höheren Satz zahlen sollen. Redner beantragt, den Gebührensatz gleichmäßig auf 3 Mk. festzusetzen.

St.-V. Riedigerbeantragt dagegen, indem er sich den Ausführungen des St.-V. Kühne anschließt, den Satz auf 4 Mk. zu erhöhen.

St.-V. Emmer beantragt, die alten Sätze beizubehalten.

Nach langen Erörterungen wird mit 25 gegen 22 Stimmen der Magistratsantrag genehmigt.

St.-V. Emmer beantragt von den für dienstliche Reisen der Mitglieder der Feuerdeputation geforderten 500 Mk. (gegen 300 Mk. im laufenden Jahre) 200 Mk. zu streichen. Aus dem vorigen Jahre seien von der zur Bestreitung der Reisekosten zur Verfügung gestellten Mitteln 200 Mk. übrig geblieben. Um nun das Geld zu verbrauchen, dahten Mitglieder der Feuerdeputation auf Vorschlag des Vorsitzenden eine Reise nach Berlin zur Besichtigung der Automobil-Ausstellung unternommen, obwohl andere Mitglieder erklärt hätten, die Kosten aus der eigenen Tasche zu bestreiten, wenn sie einmal nach Berlin fahren wollten.

St.-V. Aßmann empfiehlt die Bewilligung der 500 Mk. Ausgabe der Feuerdeputation sei es, sich über alle Neuerungen auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens zu informieren. Die Mitglieder der Deputation seien nach Berlin gereist, um die ausgestellten Automobilflüchtgüge zu besichtigen, was für alle sehr lehrreich gewesen sei.

Stadtrat Dönitz und St.-V. Riedigersprechen sich ähnlich wie St.-V. Aßmann aus und betonen, daß die Reise nach Berlin im Interesse der weiteren Ausgestaltung unserer Feuerlösch-Einrichtungen durchaus notwendig gewesen sei.

Erster Bürgermeister Dr. Rive: Die Erhöhung der Position sei vorgeschlagen, weil bisher Mittel zur Reise zum Verbandstag nicht zur Verfügung standen, der Besuch desselben aber notwendig erscheint. Die Reise nach Berlin sei auf Beschluß der Deputation unternommen und ganz gewiß aus völlig uneigennützigen Motiven. Es würde einem Mißtrauensvotum gegenüber Männern, die opferwillig ihre Zeit auch außerhalb in den Dienst der Stadt stellten, gleich kommen, wenn man den Betrag auf so kleinliche Vorstellungen hin ermäßigen wollte.

Der Antrag Emmer wird gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Nur dem Theateretat sind 10000 Mk. als erste Rate zu den auf 40000 Mk. veranschlagten Kosten der Instandsetzung des Zuschauerraums vorgesehen. In dem Etats-Ausschuße waren die Ansichten, ob diese Position zur Bewilligung empfohlen werden sollte, geteilt. Einerseits hielt man die Einsetzung einer Summe von 10000 Mk., die erst in 4 Jahren verbraucht werden soll, mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt für unbequem, und es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob durch eine Reparatur wirklich eine Verbesserung herbeigeführt wird. Andererseits meinte man aber, daß für die notwendige Instandsetzung des Zuschauerraums rechtzeitig Mittel bereit gestellt werden müßten. Schließlich lehnte der Ausschuß bei Stimmengleichheit die Summe ab.

Die 10000 Mk. werden nach eingehender Besprechung mit 26 gegen 23 Stimmen bewilligt. Ohne Erörterung werden 3400 Mk. für die außerordentliche Erneuerung von Bühnen-Dekorationsstücken bewilligt.

Um einen unliebsamen und unklaren Zustand hinsichtlich der Bestimmungen über die Benutzung der log. Magistratsloge im Stadttheater zu beseitigen, erklärte die Versammlung auf Antrag des Etats-Ausschusses, daß dem nach ihrer Auffassung über den mit Theaterdirektor Richards abgeschlossenen Vertrag, die Loge in erster Linie dem Bürgermeister zu Repräsentationszwecken vorbehalten bleiben, im übrigen aber der Benutzung durch die übrigen Magistratsmitglieder nichts entgegenstehen soll.

Erster Bürgermeister Dr. Rive führte vor der Beschlußfassung aus, daß er zur Beseitigung etwaiger Mißverständnisse ausdrücklich betonen wolle, daß ihm nichts lieber sein würde, als wenn durch Annahme des von dem Etats-Ausschuße gestellten Antrages der alte Zustand wieder eintritt, wonach dem Magistratsmitgliedern die Benutzung der Loge freigestellt wird.

Bei dem Museumsetat beantragt St.-V. Blumentritt zur Beseitigung unleidlicher Zustände, den Magistrat zu ersuchen, für die Museumsdeputation ein Statut auszuarbeiten und der Versammlung zur Genehmigung vorzulegen. Weiter beantragt Redner, die für Unterhaltung, Beaufsichtigung und Erweiterung der städtischen Sammlungen einschließlich Feuerversicherung der letzteren sowie Heizung und Beleuchtung der Räume vorgesehenen 10000 Mk. zur Verfügung der beiden ständischen Kollegien zu stellen. Auch die zur Anstellung eines Museums-Verwalters vorgesehenen 3600 Mk. beantragt Herr Blumentritt zur Verfügung der beiden städtischen Kollegien zu stellen. Als nämlich in einer der letzten Sitzungen die Mittel zur Annahme eines Architekten bewilligt worden seien, welchem die Bearbeitung eines Hallen-Schwimmbades übertragen werden soll, sei dieser Architekt bereits 6 Wochen vorher angenommen gewesen; man könne nun nicht wissen, ob nicht auch der Museums-Verwalter schon angenommen ist. Weiter tragt Redner, ob es wahr ist, daß das Bild „Hallore" dem Museum geschenkt worden ist und ob es nicht notwendig sei, der Versammlung von der Stiftung Kenntnis zu geben, damit den Geschenkgebern Dank ausgesprochen werden kann.

St.-V. Reße beantragt Ablehnung der 3600 Mk. zur Anstellung eines Museum-Verwalters, indem er die Hoffnung ausspricht, daß St.-V. Reiling nach Regelung der Berhältnisse sich wieder bereit finden läßt, in alter Weise die unentgeltliche Verwaltung des Museums zu genehmigen.

Erster Bürgermeister Dr. Rive führt aus, daß eine Dienstanweisung erst dann aufgestellt werden könne, wenn ein Museumsverwalter angestellt worden ist, diese Dienstanweisung könne der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung aber nicht unterbreitet werden, weil die Verwaltung des Museums lediglich dem Magistrat unterstehe. Ein Statut für die Deputation könne jetzt nicht mehr festgesetzt werden, da der Erlaß eines Statuts für Deputationen nur bei Neugründung solcher möglich ist. Die Stadtverordneten-Versammlung könne die 10 000 Mk. zur Verfügung der beiden städtischen Kollegien stellen, der Magistrat werde aber nicht in der Lage sein, diesem Beschlusse beizutreten; denn ebenso gut wie die in Frage stehende könnten ja sämtliche Etatspositionen zur Verfügung der beiden Kollegien gestellt werden, die Folge davon aber müsse sein, daß die Verwaltungsbefugnisse, welche gesetzlich dem Magistrat zustehen, auf die Versammlung übergehen. Würden die 10 000 Mk., welche nicht nur für Neuanschaffungen, sondern auch für die Beaufsichtigung, Heizung und Beleuchtung der Räume bestimmt sind, zur Verfügung beider Kollegien gestellt, so müsse wegen jeder Kleinigkeit z. B. wenn Heizmaterial gekauft oder eine Putzfrau angenommen werden soll, eine Vorlage gemacht werden. Das sei ja aber gar nicht möglich. Das Museum müsse geschlossen werden, wenn die Versammlung den Antrag des Herrn Blumentritt annehme. Das Bild „Hallore" sei von einigen Mitgliedern der Museumsdeputation dem Museum geschenkt worden. Ein Klinger'sches Bild sei für 8000 Mk. aus Mitteln der Steckner-Stiftung erworben. Hinsichtlich der Annahme eines Architekten zur Bearbeitung des Hallen-Schwimmbades müsse zugegeben werden, daß allerdings ein großes Versehen vorliegt, das jedoch keineswegs beabsichtigt gewesen wäre; der Magistrat habe vielmehr auf seinem, der Ersten Bürgermeisters Antrag ausdrücklich beschlossen gehabt, der Versammlung bei Erteilung der Vorlage offen Mitteilung davon zu machen, daß eine geeignete Kraft bereits angenommen sei, die aber entlassen werden solle, wenn die Vorlage abgelehnt werden solle.

Nach langer Erörterung zieht St.-V. Blumentritt seine Anträge im Interesse der ferneren Offenhaltung der Museen zurück, es wird aber auf Antrag des St.-V. Giese beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung die Beschlüsse über Gründung der Museums-Deputation vorzulegen.

Der Antrag Reße wird abgelehnt und das Kapitel nach den Anträgen des Magistrats festgesetzt.

Bei der Beratung des Etats der Straßenreinigung beantragt der Etats-Ausschuß, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage darüber zu machen, unter welchen Bedingungen das Bestreuen der Bürgersteige bei Winterglätte, sowie das Reinigen von Schnee und Eis von der Stadt übernommen werden soll.

St.-V. Emmer beantragt, die Mittel für die Straßenreinigung, soweit sie nicht zur Reinigung von städtischen Grundstücken gebraucht werden, ganz abzusetzen. Nachdem ein Ortsstatut wegen Reinigung der Bürgersteige von Schnee und Eis usw. nicht zu Stande gekommen ist, seien so unklare Berhältnisse eingetreten, daß die Straßenreinigung, für welche rund 200 000 Mk. ausgegeben werden, für die Hauseigentümer nicht billiger, da die Polizei in Fällen unterlassener Reinigung mit Strafmandaten vorgehen werde. Unter solchen Umständen erscheine es zweckmäßiger, die Straßenreinigung den Hausbesitzern wieder ganz zu belassen und durch Aufhebung der Lehrstuhle die Mittel zu sparen, welche ausreichen, um einer Erhöhung der Steuern vorzubeugen.

St.-V. Glimm fragt, weshalb der Magistrat nicht mitgeteilt hat, aus welchen Gründen er den von der Versammlung festgesetzten Ortsstatuten beir. der Straßenreinigung nicht beigetreten ist. Redner erklärt, daß die Versammlung jede Verantwortung für die jetzigen Zustände entschieden ablehnen müsse.

Erster Bürgermeister Dr. Rive erwidert, daß die Stellungnahme des Magistrats durch wiederholt begründete Vorlagen und durch mehrfache Erörterungen in der Versammlung so hinreichend bekannt seien, daß eine nochmalige Mitteilung der Ablehnungsgründe überflüssig und zwecklos erscheine. Die Vorwürfe, welche St.-V. Glimm gegen den Magistrat erhoben habe, müssen zurückgewiesen werden, zumal es dem Magistrat auch nicht einfalle, der Versammlung irgend welche Vorwürfe zu machen, weil diese drei Vorlagen in der Sache ablehnte.

St.-V. Dr. Schmidt-Rimpler erklärt, daß zahlreiche Mitglieder der Versammlung den Anschauungen des St.-V. Glimm nicht beipflichten könnten. Wären z. Zt. die Vermittelungsvorschläge des Ausschusses angenommen worden, so hätten wir bereits ein Ortsstatut. Auch Hausbesitzer seien der Meinung, daß die gegenwärtigen Zustände durch die Versammlung verschuldet sind.

Die Erledigung des Etats der Straßenreinigung wird schließlich mit 23 gegen 21 Stimmen vertagt.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 17. Februar.

Am Ministertisch: Holle, Schwartzkopf.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Antrag Schiffer (nl.), Fischbeck (freis. Vp.), Ernst (freis. Vg.):

„Die Regierung um eine eingehende Auskunft zu ersuchen, 1. über die Ergebnisse der letzten vom Handelsminister angestellten Untersuchung über die Vorbildung der Fortbildungsschüler, 2. über die Stellung des Unterrichtsministers zu diesem Ergebnis, 3. über die Maßnahmen zur Behebung der in diesen Ergebnissen etwa zu Tage getretenen Mängel des Volksschulunterrichts."

Abg. Schiffer (nl.) führt zur Begründung des Antrags aus, daß in der Volksschule viel zu viel Gewicht auf den Memoriertstoff gelegt wird. Man solle weniger Wert auf die Paradekenntnisse legen und lieber die Tiefe des Wissens, das Können verstärken. Hoffentlich werde noch in dieser Tagung ein positives Ergebnis im Sinne des Antrages erzielt. (Beifall links.)

Kultusminister Holle bedauert, daß er nicht in der Lage ist, die gestellten Fragen ganz zu beantworten, da die Ergebnisse noch nicht abgeschlossen sind. Zugegeben sei, daß die Volksschüler mit sehr verschiedenen Kenntnissen die Volksschule verlassen. Eine Spannung oder Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kultus- und dem Handelsministerium wegen der Ergebnisse der Prüfungen der Volksschüler hat nicht bestanden. Uebrigens handelte es sich bei den Prüfungen um Stichproben, die keinen zuverlässigen Maßstab geben, wenn sie auch vielleicht generelle Schlüsse gestatten. Umso schwieriger ist es, eine für alle Schülermaterial mit so verschiedenen Kenntnissen eine einheitliche Fortbildungsschulmethode zu finden. Dieses Problem wird wahrscheinlich niemals voll gelöst werden können. (Sehr richtig! rechts.) Die Unterrichtsverwaltung wird zur Hebung der Durchschnittsergebnisse der Schulen auf äußere Maßnahmen bedacht sein müssen, wie auf die Abkürzung der Schulwege, die Beseitigung der Ueberfüllung der Klassen, und dazu soll das Volksschulungsverhaltungsgesetz helfen. Der Minister verwerft dann auf die schon unter seinem Vorgänger vielfach aufgestellten Versuche den Lehrermangel zu beseitigen, insbesondere auf die starke Vermehrung der Seminare, die allerdings erst wirken könne, wenn die Seminaristen, die inzwischen eingetreten sind, ihre Ausbildung hinter sich haben. Selbstverständlich lege die Regierung auch auf die Hebung der inneren Verhältnisse der Volksschule den gebührenden Wert; sie erhoffe viel von dem 1901 ausgearbeiteten neuen Lehrplan, der freilich auch nur allmählich die von ihm erwartete günstige Wirkung auf die Ausbildung der Volksschüler üben könne. Der Minister schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Lehrerschaft die Bemühungen der Unterrichtsverwaltung, den Volksschülern eine möglichst gleichmäßige Bildung mit auf dem Lebensweg zu geben, nach Kräften unterstützen wird. (Beifall.)

Abg. v. Dieskerth (kons.) bestreitet, daß die Organisation des Volksschulunterrichts erhebliche Mängel aufweise; die Aufnahmeprüfung bei den Fortbildungsschulen sei überflüssig. Dafür empfehle sich eine Entlassungsprüfung. Der Lehrplan der Volksschule müsse vereinfacht werden. (Beifall rechts.)

Abg. Kesterusch (Ztr.) bestreitet ebenfalls einen Rückgang der Volksschule und wünscht Vereinfachung des Volksschullehrplans.

Abg. Rzesnitzek (freikons.), auf der Tribüne schwer verständlich, führt aus, die Aufbesserung der Lehrer sei zwecks Erhaltung ihrer Berufsfreudigkeit nötig, und verlangt Beseitigung der Halbtagsschulen. Der Religionsunterricht müsse die Grundlage des Volksschulbetriebes bleiben.

Kultusminister Holle ist mit dem Abg. Schiffer der Meinung, daß man für die Volksschullehrer eine erweiterte Aufrückungsmöglichkeit schaffen müsse. Bisher besteht sie in der Hauptsache in der Möglichkeit, Seminarlehrer zu werden; in Zukunft gedenke die Regierung, den Lehrern den Weg zur Kreisschulinspektion zu öffnen. (Beifall.) Den Lehrern müsse ein idealer Anreiz zur eifrigen Betätigung in ihrem Beruf gegeben werden. Das Lehrerausbildungspersonal, die Lehrer in Seminaren und Präparandenanstalten dürften nicht so oft wechseln. Für die Rektoren sei eine neue Dienstanweisung in Arbeit, auch die Lehrmethode bedürfe einer gründlichen Verbesserung. An der Berufstüchtigkeit der Volksschullehrer hänge die Leistungsfähigkeit der Volksschule; bisher habe unser Lehrerstand die auf ihn gesetzten Hoffnungen voll erfüllt, und das werde in Zukunft sicherlich so bleiben!

Abg. Eickhoff (freis. Vp.) gibt die Unvermeidlichkeit von Verschiedenheiten in den Leistungen der Volksschulen zu. Anzustreben sei eine gründliche Reform der inneren Organisation der Volksschule, vor allem der Lehrmethode. Diese sei unzweckmäßig und veraltet, bei ihrer Umgestaltung müsse man vor allem darauf Bedacht nehmen, daß Deutschland sich auf dem Wege zum Industriestaat befindet, und daß wir in der Entwicklung unserer Industrie und unseres Weltmarktes unsere Aufgabe darin sehen müssen, das nächste Jahrhundert sehen müssen. (Beifall links.)

Abg. Ernst (freis. Vg.) beklagt die Ueberfüllung der Klassen, die nie die Hauptursache der Verschiedenheit der Leistungen der Volksschule sei. Eine Entlastung der Schüler in den ersten Schuljahren sei nötig, dafür könne man sie in den späteren Schuljahren etwas stärker belasten. Die Aufrechterhaltung der Autorität der Lehrer vor den Schülern sei absolut notwendig; die Vorgesetzten dürften nicht, wie es heute unbegreiflicherweise noch immer geschehe, die Lehrer vor der Klasse abtanzen. (Beifall links.)

Abg. Hackenberg (nl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde mit der Annahme ihres Antrags. Erfreulich sei die Zusicherung des Ministers, daß die äußeren Mißstände, wie die Klassenüberfüllung und die weiten Schulwege, beseitigt werden sollen. Eine Stoffabrichtung in der Schule wünschten seine Freunde auch nicht, die Hauptsache sei und müsse bleiben die Ausbildung des Geistes der Kinder. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Heckenroth (kons.) erkennt die Leistungen der Lehrerschaft an und betont die Notwendigkeit, daß die Familie die Arbeit der Schule unterstütze. Deshalb billige er die Anregung, daß der Minister die Kindergärten und dergl. durch Beihilfen fördern möge. (Beifall rechts.)

Abg. Glattfelder (Ztr.) tritt für Besserstellung der Lehrer ein. Ohne diese könnten die Lehrer den hohen Aufgaben ihres Amtes nicht gerecht werden.

Der Antrag geht an die Unterrichtskommission. Es folgt die Beratung des Antrages Bachmann (natl.), der Staatsmittel fordert, um besonders befähigten Volksschülern mehr als bisher die weitere Ausbildung auf höheren Lehranstalten zu ermöglichen.

Abg. Schiffer (natl.) begründet den Antrag. Die Gleichberechtigung aller, sich so weit zu bilden, wie sie wollen, ist nur eine graue Theorie für die, denen die Mittel zur Bestreitung der Kosten der höheren Bildung fehlen. Der Antrag entspreche einem Gebot der staatlichen Gerechtigkeit und führe der sozialen Versöhnung die Wege. Der jetzige Zustand werde auf weite Volkskreise erbittern. (Sehr richtig! links.) Große Mittel seien nicht erforderlich, es handle sich nur darum, einen Anfang zu machen. Der Antrag beziehe sich übrigens auf Schüler beiderlei Geschlechts. Man müsse die Gewährung weiterer Bildungsmöglichkeit an solche Schüler der Minoren- und des Volkstaatscharakters entziehen, man müsse ihnen einen Rechtsanspruch auf staatliche Beihilfe zur Erlangung höherer Bildung geben. (Beifall links.)

Abg. Hennig (kons.): So sympathisch uns der Grundgedanke des Antrages ist, so sprechen doch manche praktische Bedenken dagegen, vor allem die davon zu erwartende Zunahme des akademischen Proletariats und ein übermäßiger Andrang zu den akademischen Berufen und den Beamtenstellen. Zugleich würden dem Handwerker- und Mittelstand gerade die befähigtsten Elemente entzogen werden, deren es heute dringender als je bedarf, ohne daß eine Gewähr dafür geboten ist, daß sich die unterstützten Schüler in dem höheren Beruf wirklich zutreten fühlen. (Beifall rechts.)

Kultusminister Holle: Der Grundgedanke des Antrages hat außerordentlich viel Sympathisches. Es trifft auch zu, daß der Staat an der Förderung befähigter Volksschüler stark interessiert ist. Der Staat tut auch bereits viel auf diesem Gebiet: In den Etats der einzelnen Ministerien sind Summen zur Fortbildung derartiger Schüler eingestellt. Auch an Freistellen, an Alumnaten, an Stipendien usw. fehlt es nicht. Im Kultusetat finden sich über 3 Millionen Mark zur Unterstützung der Weiterbildung von Seminaristen usw. Für die künstlerisch begabten Schüler sind ebenfalls Fonds zur Ausbildung vorhanden. Es geschieht also, wenn man auch nicht alle Ansprüche befriedigen kann, doch bereits jetzt außerordentlich viel. Im übrigen ist es nötig, daß jeder Stand möglichst viele Intelligenzen besitze, denn er braucht sie. Und es wäre verfehlt, durch allzu reichliche Zuführung befähigter Schüler zu höheren Berufen, deren Ueberfüllung und damit das Heer der Unlustigen und Unzufriedenen noch zu vermehren. (Beifall rechts.)

Abg. Rzesnitzek (freikons.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus.

Abg. Cassel (freis. Vp.) tritt den Einwendungen des Abg. Henning und des Ministers gegen den Antrag entgegen. Der Staat erkenne schon durch die bisherigen Geldbewilligungen die Berechtigung des Antrages an. Die Freistellen genügten aber nicht: woher sollen die Freischüler den Lebensunterhalt nehmen? Uebrigens seien die Schulgelder an den höheren Lehranstalten zu hoch. Die Verwirklichung des Antrages diene dem Staatsinteresse und der Versöhnung der sozialen Gegensätze. (Beifall links.)

Abg. Lusenski (nl.) begründet die prinzipielle Zustimmung aller Redner zu dem Antrage.

Abg. Ernst (freis. Vg.) tritt für den Antrag ein und regt die Erteilung französischen Unterrichts an begabte Volksschüler an, was mit gutem Erfolge bereits in Charlottenburg geschehe. Bei Stiftungen sollten die Stifter mehr der Volksschule und unbegabter Schüler gedenken.

Nach einer kurzen, dem Antrag zustimmenden Bemerkung des Abg. Geisler (Ztr.) wird auch dieser Antrag der Unterrichtskommission überwiesen und die

2. Lesung des Kultusetats

fortgesetzt.

Auf Antrag des Abg. von Pappenheim (kons.) werden die zum Kapitel „Elementarunterrichtswesen" gestellten Anträge Lusenski (nl.), Ernst (freis. Vg.) und von Oldenburg (kons.) gemeinsam beraten. Der Antrag Lusenski verlangt eine angemessene Erhöhung der Ostmarkenzulagen für Volksschullehrer in Posen und den gemischtsprachigen Kreisen Westpreußens, der Antrag von Oldenburg will diese Forderung auf alle anderen westpreußischen Lehrer erheben und der Antrag Ernst fordert Festsetzung der Höhe der Ostmarkenzulage auf 300 Mk. nach 5, und auf 400 Mk. nach 15 Dienstjahren.

Abg. Lusenski (nl.) begründete seinen Antrag mit der schwierigen Stellung der ostmärkischen Lehrer und mit ihrer materiellen Notlage infolge ihrer Boykottierung durch die polnische Bevölkerung.

Abg. Ernst (freis. Vg.) begründet seinen Antrag in ähnlicher Weise und fordert die Einführung der Erhöhung noch vor dem 1. April d. J. oder mindestens mit rückwirkender Kraft.

Abg. Dr. Krüger (kons.) begründet den Antrag von Oldenburg mit dem Hinweis, daß in manchen Gemeinden westpreußischer Kreise die Lehrer die Ostmarkenzulage erhalten, in anderen Gemeinden desselben Kreises dagegen nicht. Das sei unbillig und führe zu Unzufriedenheit. Kultusminister Holle tritt ein für eine Erhöhung der Ostmarkenzulage für Lehrer gleichzeitig mit dem Lehrerbesoldungsgesetz in Aussicht. Die Höhe der Zulage sei abhängig von den Gehaltssätzen, die das Haus beschließen werde. In den laufenden Etat könnten die Mittel also noch nicht eingestellt werden. Die Gewährung von Ostmarkenzulage an Lehrer in Gebieten, wo die Staatsbeamten keine solche Zulage erhalten, sei nicht möglich.

Nach weiterer Debatte, in der Abg. von Czarlinski (Pol.) die Anträge befürwortet, schlägt Abg. von Erffa (freikons.) ihre Ueberweisung an die Kommission vor, die sich mit der Besoldungsvorlage zu befassen haben wird.

Daraufhin werden die Anträge Ernst und Lusenski zurückgezogen, mit dem Antrage von Oldenburg wird gemäß dem Vorschlage Erffa verfahren.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Kultusetats. Schluß 4½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847518-19080219043/fragment/page=0001

Handel und Verkehr.

* **Der Verband der deutschen Strohhut- und Damen-Filzhutfabrikanten** beschloss, mit dem Putz-Grossisten-Verbande einen Kartellvertrag abzuschliessen und von der nächsten Saison ab die Ausgemeister des Putz-Grossisten-Verbandes zu sperren.

---

* **Wegelin & Hübner, Maschinenfabrik und Eisengiesserei Aktien-Gesellschaft.** Die Generalversammlung genehmigte einstimmig dem vorgelegten Abschluss pro 1907, erteilte Entlastung und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 12 Proz. fest. Im turnusmässig ausscheidende Aufsichtsratsmitglied, Kommerzienrat Leopold Friedmann, wurde wiedergewählt. Ueber die Aussichten bemerkte die Verwaltung, dass das Geschäft infolge der rückgängigen Konjunktur etwas schwerer geworden ist. Es sei aber zu hoffen, dass in Rücksicht auf die im Vorjahr getätigten Reserven und den in das neue Geschäftsjahr übernommenen Auftragsbestand wieder ein zufriedenstellendes Resultat erzielt werden wird.

* **Hallescher Speditionsverein, Aktiengesellschaft, in Halle a. S.** Der Aufsichtsrat schlägt für 1907 eine Dividende von 2 (0) Proz. vor.

* **Aron Hirsch, Kupfer- und Messingwerke, A.-G. in Halberstadt und Berlin.** Dem „B. T." zufolge wird für 1907 eine Dividende von 8 Proz. auf das auf 8 Mill. Mk. erhöhte Aktienkapital zur Verteilung gelangen.

* **Thüringer Wollgarnspinnerei, A.-G. in Langensalza-Leipzig.** Das Unternehmen hat im verflossenen Jahre eine erhebliche Ausdehnung durch die Fusion mit der Leipziger Strickgarnspinnerei A.-G. erfahren; das Leipziger Etablissement wird seit dem 1. Juli in eigener Regie weitergeführt. Das Werk bildet, wie der Geschäftsbericht bemerkt, in vielfacher Beziehung eine willkommene Ergänzung des Langensalzaer Unternehmens und konnte ohne Schwierigkeiten dem Betriebe angegliedert werden. Der durch die Fusion erzielte buchmässige Gewinn, der sich nach Abzug der Stempel- und sonstigen Uebernahmekosten und nach Rückstellungen von 17088 Mk. für noch nicht völlig verrechnete Fusionsspesen auf 414466 Mk. beläuft, soll mit 150000 Mk. zu Extraabschreibungen auf Gebäude, mit 100000 Mk. zu Extraabschreibungen auf Maschinen und mit 164466 Mk. als Ueberweisung an die gesetzliche Reserve dienen; die Reserve stellt sich dadurch auf 352000 Mk. und überschreitet die gesetzliche Höhe um 90000 Mk. Einschliesslich 11213 Mark Vortrag beläuft sich der Bruttogewinn in 1907 auf 721333 Mark. Anderserseits erforderten Unkosten usw. 377864 Mk. und Abschreibungen 83883 Mk., so dass ein Reingewinn von 259577 Mark verbleibt, der wie folgt verwendet werden soll: 10 (6. V. 9) Prozent Dividende auf die alten Aktien gleich 150000 Mk., 5 Proz. auf die neuen Aktien gleich 56000 Mk., Gewinnanteil des Aufsichtsrates und der Direktion 29692 Mk. und Vortrag 23883 Mk.

* **Sächsische Cartonnagen-Maschinen-A.-G., Dresden.** Laut Geschäftsbericht erlöste die Gesellschaft aus dem 472000 Mk. Aktien der früheren Automaten-Abteilung (jetzt Sächsische Automaten- und Türschliesser-A.-G.) S. Proz. Dividende mit 37760 Mk. Nach Abschreibungen von 72110 (i. V. 67481) Mk. ergibt sich ein Reingewinn von 201898 (189735) Mk., woraus weitere 23610 (10960) Mark für Sonderabschreibungen abgetrennt werden sollen; 105000 Mark dienen zur Zahlung von 10 Proz. Dividende (wie in den letzten drei Jahren) und 6200 (7450) Mk. zur Ausschüttung von 50 Mk. Gewinnanteil auf restliche 124 (149) Stück Genussscheine. Die „Remus Company Limited" erbrachte noch keine Dividende, doch verdiente die Gesellschaft an dieser Beteiligung angemessen durch Lieferungen. Zurzeit ist die Gesellschaft in allen ihren Abteilungen flott beschäftigt.

* **Kaiserhof, Berliner Hotelgesellschaft.** Der Aufsichtsrat dürfte eine Zuzahlung von 30, event. 35 Proz. von den Aktionären einfordern zwecks Sanierung der Gesellschaft. Der Anleihebedarf wird laut „B. T." auf ca. 3 Mill. Mk. beziffert.

* **Hannoversche Immobiliengesellschaft.** Für 1907 wird die Verteilung einer Dividende von 5 Proz. (wie im Vorj.) vorgeschlagen.

* **Deutsche Asphalt-Akt.-Ges. der Limmer und Vorwohler Grubenfelder in Hannover.** Für 1907 wird die Verteilung einer Dividende von 9 (i. V. 10) Proz. in Vorschlag gebracht. An derselben nehmen diesmal die neuen Aktien voll Teil. Auf den Besitz an Kantienscheinen waren rund 20000 Mk. abzuschreiben.

* **A.-G. Georg Egestorffs Salzwerke in Linden bei Hannover.** Der Aufsichtsrat schlägt für 1907 die Verteilung von 10 (im Vorj. 9½ Proz.) Dividende vor bei erheblich grösserem Gewinnvortrag. Für das Jahr 1908 eröffnen sich weiter gute Aussichten.

* **Hannoversche Waggonfabrik, Akt.-Ges.** Der Aufsichtsrat schlägt 10 (i. V. 0) Proz. Dividende vor.

* **Hochseefischerei Nordstern, Aktiengesellschaft, in Geestemünde.** Nach dem Geschäftsbericht gingen die Fischpreise im Laufe der Jahre 1905 bis 1907 um 21,15 Proz. zurück. Die Hauptursache für diesen Rückgang dürfte darin zu suchen sein, dass die Aufnahmefähigkeit des Konsums sich der starken Vergrösserung der Hochseefischereiflotte nicht gewachsen zeigte. Ausserdem fielen die Island-Fangresultate, speziell im letzten Halbjahr, recht gering aus, so dass im Verein mit den gesteigerten Unkosten, höheren Mannschaftsgagen usw. die diesjährigen Resultate hinter denen der Vorjahre erheblich zurückgeblieben sind. Der erzielte Betriebsgewinn soll mit 514081 Mk. zu Abschreibungen verwendet werden. 20100 Mk. werden vorgetragen. Eine Dividende (in den beiden Vorjahren 10 Proz.) kommt also nicht zur Verteilung.

* **Wandsbeker Lederfabrik, Akt.-Ges.** Für 1907 kann eine Dividende nicht verteilt werden (i. V. 7 Proz.).

Berliner Produktenbörse vom 17. Februar.

Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt:

Weizen, inländ. 207,00—210,00 Mk. ab Bahn und frei Mühle, Mai 210,50—209,75 Mk.

Roggen, inländ. 196,00—197,00 Mk. ab Bahn und frei Mühle

Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuss., pos. u. schles. feiner 175,00—186,00 Mk., mittel 164,00—174,00 Mk., gering 158,00 bis 163,00 Mk. ab Bahn und frei Wagen, Mai 163,75 Mk.

Mais, amerikanischer mittel 164,00—167,00 Mk., runder 157,00 bis 160,00 Mk. frei Wagen.

Gerste, inländische Futterware, mittel und gering 152,00 bis 162,00 Mk., gute 163,00—180,00 Mk., russ. u. Donau leichte 150,00—153,00 Mk. ab Bahn und frei Wagen.

Erbsen, in- und ausländ. Futterware mittel 184,00—191,00 Mk., feine Futter- u. Taubenerbsen 190,00—198,00 Mk. ab Bahn und frei Wagen.

Weizenmehl 00 27,00—29,75 Mk.

Roggenmehl 0 u. 1 25,50—27,50 Mk.

Weizenkleie 12,50—13,25 Mk.

Roggenkleie 12,75—13,25 Mk.

Preise um 2½ Uhr (nichtamtlich):

Weizen. Tendenz: Fest. Mai 210,00 Mk., Juli 210,00 Mk.

Roggen. Tendenz: Fest. Mai 203,50 Mk., Juli 200,25 Mk.

Hafer. Tendenz: Fest. Mai 168,50 Mk., Juli 170,50 Mk.

Mais. Tendenz: Fest. Mai 147,50 Mk., Juli —,— Mk.

Rüböl. Tendenz: Matt. Februar —,— Mk., Mai 72,90 Mk., Oktober 69,60 Mk.

Kaffee.

Hamburg, Montag 17. Februar, abends 6 Uhr. **Kaffeemarkt.** Good average Santos per März 32½ Gd., per Mai 33 Gd., per September 33¾/4 Gd., per Dezember 34 Gd. Ruhig.

Zucker.

Magdeburg, Montag 17. Februar. **Zuckerbericht.** Kornzucker, 88 Grad ohne Sack 9,65—9,75 Nachprodukte, 75 Grad ohne Sack 7,90—8,10. Stimmung: Ruhig. Brotraffinade I ohne Fass 19,62½—19,87½. Krystallzucker I m. S. — Gem. Raffinade m. S. 19,37½—19,62½. Gem. Melis I. m. S. 18,87½—19,12½. Stimmung: Ruhig. Rohzucker I. Produktion Transit frei an Bord Hamburg per Februar 19,70 Gd., 19,80 Br., per März 19,90 Gd., 19,95 Br., per April 20,00 Gd., 20,10 Br., per Mai 20,15 Gd., 20,25 Br., per August 20,50 Gd., 20,55 Br. Ruhig.

Hamburg, Montag 17. Februar, abends 6 Uhr. **Zuckermarkt.** Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88° Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 19,70, per März 19,85, per Mai 20,15, per August 20,45, per Oktober 19,45, per Dezember 19,40. Matt.

Petroleum.

Hamburg, 17. Februar. Petroleum fest, Standard white loco 7,55.

Antwerpen, 17. Februar. Petroleum. Raff. Type weiss loco 22 bez. u. Br., Februar 22 Br., März 22¼ Br., April—Mai 22½ Br. Tendenz: Fest.

Zahlungs-Einstellungen.

Ueber die nachstehenden Firmen ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Sitz des Konkursgerichts ist, wo nötig, in Klammern beigefügt; die Daten sind: der Eröffnungstermin, der Abtauf der Anmeldefrist, die erste Gläubigerversammlung und der Prüfungstermin.

Kaufmann Siegmund Friedberg in Berlin (14/2, 27/3, 13/3, 7/5).

Schuhwarenhändler Joh. Peets in Flensburg (12/2, 29/2, 14/3, 14/3).

James Jost, Bes. d. Firma Karl Bender, Kolonialwaren und Delikatessengeschäft, in Frankfurt a. M. (12/2, 10/3, 28/2, 20/3).

Kaufmann H. Schwamborn, Inh. der Fa. Geschw. Strauch, Kolonialwaren, in Jülich (12/2, 16/3, 23/3, 23/3).

Kaufmann Georg Schweitzer in Kiel-Gaarden (Kiel, 11/2, 4/3, 13/3, 13/3).

Wein- u. Zigarrenh. C. Jentges in Krefeld (13/2, 21/4, 11/3, 29/4).

M. M. J. Traupier (Nachlass) in Leipzig (15/2, 17/3, 11/3, 27/3).

Möbelfabrikant G. H. Golbs in Oberoumersdorf (Löbau, 15/2, 15/4, 13/3, 29/4).

Kaufmann u. Fabrikbesitzer E. L. Kirschbaum, Inh. der Firma Glasfabrik Elisabethhütte Kirschbaum & Hirsch, in Pirna (14/2, 9/3, 12/3, 21/3).

Handelsges. in Fa. Sondermann & Schön, Maschinenfabrik, in Grosszschachwitz (Pirna, 14/2, 14/3, 12/2, 26/3).

Schneider F. H. Grüner (Nachlass) in Mylau (Reichenbach i. V., 14/2, 17/3, 11/3, 28/3).

Kaufmann August Sterzenbach in Waldbröl (13/2, 15/3, 7/3, 30/3).

Firma Bergische Brauereigesellschaft m. b. H. in Wermelskirchen (14/2, 14/3, 29/2, 25/4).

Schiffsbewegungen.

* **Berlin**, 17. Februar. (Kaiserliche Marine.) Tpdbt. „S 90" ist am 14. Februar in Schanghai eingetroffen und geht am 22. Februar von dort nach Tsingtau in See. Flusskbt. „Tsingtau" ist am 14. Februar in Macao eingetroffen und geht am 17. Februar von dort nach Hongkong in See. „Luchs" ist am 15. Februar von Hongkong nach Tsingtau in See gegangen. Der Transport der abgelösten Besatzung vom „Planet" ist mit dem R.-P.-D. „Gneisenau" am 15. Februar in Bremerhaven eingetroffen. Die Aufklärungsschiffe der Hochseeflotte „Stettin", „Friedrich Carl", „Danzig", „Königsberg", „Hamburg", „Roon", „Yorck" und „Lübeck" sind am 15. Februar in Vigo eingetroffen und kehren am 20. Februar von dort nach Kiel zurück. „Freya" ist am 16. Februar in Malaga eingetroffen und geht am 24. Februar von dort nach Vigo in See. „Bussard" ist am 15. Februar in Kilwa Kiwindje eingetroffen und am 16. Februar von dort nach Kilwa Kisiwani in See gegangen. „Jaguar" ist am 16. Februar in Nanking eingetroffen und geht am 21. Februar von dort nach Schanghai ab. Flusskbt. „Vorwärts" ist am 17. Februar von Itschang (Yangtse) nach Shasi (Yangtse) abgegangen. Der R.-P.-D. „Hohenstaufen" mit einem Zweigtransport für die Besatzung des Kiautschougebietes an Bord ist am 15. Februar in Penang eingetroffen und hat am 16. Februar die Reise fortgesetzt. „Pelikan" ist am 15. Februar von Cuxhaven nach Kiel gegangen. Die IV. Halbflottille und „München" sind am 14. Februar in Kiel eingetroffen. Poststation für „Schwaben" vom 17. bis 20. Februar Sonderburg. Poststation für „Stuttgart" bis auf weiteres Danzig - Neufahrwasser. Poststation für „Pelikan" und Minenversuchskommission bis auf weiteres Kiel.

Bericht aus der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen über tatsächlich erzielte Getreidepreise am 17. Februar 1908.

Kreis	Preis pro 100 kg in Mark				
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
Stendal	19,60—20,80	19,20—20,07	16—18	15,40—16,80	40
Aschersleben	20,40—20,80	20,00—20,40	17,80—19,50	15,50—16,30	24—28
Halberstadt	19,30—20,30	19,30—20,10	17,00—19,20	16,18—16,69	18,50—21,30
Bitterfeld	—	—	—	—	—
Torgau	—	—	—	—	—
Schweinitz	—	—	—	—	—
Saalkreis	20,40—20,80	20,20—20,40	17,50—19,00	15,40—15,70	22—24
Halle, Stadt	20,60—21,20	20,50—20,80	19,50—20,00	15,70—16,30	21,00—22,00
Delitzsch	—	—	—	—	—
Mansfeld.-Geb.-Kreis	20,00—21,50	19,80—20,50	18,00—19,50	15,50—16,00	22—26
Mansf. Seekreis	—	—	—	—	—
Querfurt	—	—	—	—	—
Merseburg	19,80—21,50	19,50—21,00	17—20	15,50—17,00	19—25
Weissenfels	20,40—21,30	20,40—21,20	16—18	15,00—15,40	—
Naumburg	—	—	—	—	—
Bernburg	20,50—21,20	20,50	18,60—21,50	—	22
Langensalza	—	—	—	—	—
Nordhausen	—	—	—	—	—

Marktbericht.

Dienstag, den 18. Februar.

Eier pro Mandel	1,80—1,90 Mk.	Sellerie pro Stück	0,05—0,08 Mk.
Butter pro Pfund	1,30—1,40 „	Kopfsl pro Mtl.	0,30—0,60 „
Zwiebeln pro Liter	0,08—0,10 „	Birnen pro Mtl.	0,25—0,70 „
Kartoffeln 5 Lt.	0,30—0,35 „	Blumenkohl p. Pfd.	0,25—0,30 „
Blumenkohl pro Stück	0,15—0,40 „	Gem. Blumenk. p. Pfd.	0,30 „
Spinat pro Pfund	0,14—0,05 „	Enten pro Stück	3,50—4,00 „
Rotkohl pro Stück	0,05—0,10 „	Gänse pro Stück	4,00—8,00 „
Meerrüben pr. Mtl.	0,10—0,12 „	Kaninchen	1,90—2,50 „
Rosenkohl pro Liter	0,25—0,30 „	Hühner pro Stück	1,75—2,50 „
Grünkohl pro Stück	0,05—0,25 „	Rebhühner pro Stück	— „
Rettich pro Stück	0,10—0,25 „	Tauben pro Paar	0,80—1,20 „
Wirsinkohl pro Stück	0,05—0,15 „	Hasen pro Stück	3,50—4,00 „
Braunkohl pro Stück	0,05—0,06 „	Kaninchen pro Stück	1,00—1,30 „

Der Markt war anfangs noch mit Äpfeln belegt.

Wasserstände: Am 17. Februar: Wetzenstein Unterpegel + 0,62, 18. Februar Halle unterhalb + 1,84, Trotha + 2,28, 17. Februar: Bernburg + 1,55, Calbe Unterpegel + 1,28, Oberpegel + 1,68, Dresden — 1,04, Magdeburg + 1,55.

Bank für Handel und Industrie,

Filiale Halle a. S. — Alte Promenade 3.

Aktienkapital und Reserven 183½ Millionen Mark.

An- und Verkauf von Wertpapieren.
Annahme von Depositengeldern
bei coulantester Verzinsung.
Conto-Corrent- und Check-Verkehr.
Ausführung sämtlicher bankgeschäftlicher Transaktionen.

Berliner Börse, 17. Februar 1908.

Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4⅝%

Nachdruck verb.

Ausländische Fonds	Zinsf.	Kurs
Deutsche Reichsanleihe	3½	99,60
Preuss. Consols	3½	99,60
Preuss. Consols	3	—
Sächsische Rente	3½	99,20
Sächsische Rente	3	—
Schutzgebiete	3½	92,10
Schutzgebiete	3	98,10
Schweizer Bundesanleihe	3	91,20
Schweizer Bundesanleihe	3½	93,20
Serbische Goldanleihe	4	—
Serbische Tabakmonopol	4	83,20
Serbische Tabakmonopol	5	—
Spanische Anleihe	4	77,25
Spanische Anleihe	5	—
Spanische Staatsrente	4	77,25
Spanische Staatsrente	5	—
Tamaulipas	6	—
Tehuantepec	6	—
Tehuantepec	5	—
Tehuantepec	4	—
Tehuantepec	3	—
Tehuantepec	2	—
Tehuantepec	1	—
Tehuantepec	0